

## Literatur

- Alter**, Jacqueline; Freise, Josef; Volkmann, Ute: Transkulturelle und partizipative Qualitätsentwicklung in internationalen Freiwilligendiensten. Abschlussbericht des Forschungsprojekts zum Förderprogramm „weltwärts“ im evangelischen Forum entwicklungspolitischer Freiwilligendienst (eFf). Hrsg. vom Evang. Forum entwicklungspolitischer Freiwilligendienst. Köln und Bonn 2011
- BMZ** – Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: weltwärts – der entwicklungspolitische Freiwilligendienst. In: [http://www.bmz.de/de/was\\_wir\\_machen/wege/bilaterale\\_ez/zwischenstaatliche\\_ez/freiwilligendienst](http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/wege/bilaterale_ez/zwischenstaatliche_ez/freiwilligendienst) (Abruf am 15.9.2014)
- Gritschke**, Hannah; Metzner, Christiane; Overwien, Bernd (Hrsg.): Erkennen, Bewerten, (Fair-)Handeln. Kompetenzewerbe im globalen Wandel. Kassel 2011
- Haas**, Benjamin: Ambivalenz der Gegenseitigkeit – Reziprozitätsformen des weltwärts-Freiwilligendienstes im Spiegel der Postkolonialen Theorie. Köln 2012
- Homfeldt**, Hans Günther u.a. (Hrsg.): Soziale Arbeit und Transnationalität: Herausforderungen eines spannungsreichen Bezugs. Weinheim und München 2008
- Joskowicz**, Alexander; Nowotny, Stefan: Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation. Wien 2007
- Keupp**, Heiner u.a.: Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne. Hamburg 2002
- Mangold**, Katharina: Inbetweenness: Jugend und transnationale Erfahrung. Weinheim 2013
- Mecheril**, Paul; CastroVarela, Maria do Mar; Inci, Dirim; Kalpaka, Annita; Melter, Claus: Migrationspädagogik. Weinheim und Basel 2010
- Schwinge**, Brigitte: Verkehrte Welt: Über die Umkehrung der Verhältnisse von Geben und Nehmen: Der weltwärts-Freiwilligendienst als Selbstbehandlung im Kulturkontakt zwischen Deutschland und Südafrika. Bonn 2011
- Spivak**, Gayatri Chakravorty: Can the Subaltern Speak? In: Nelson, Cary; Grossberg, Lawrence (eds.): Marxism and the Interpretation of Culture. Chicago 1988
- Stern**, Tobias; Scheller, Jan Oliver: Evaluierung des entwicklungspolitischen Freiwilligendienstes „weltwärts“. Köln 2012
- Walther**, Friederike: Freiwilligendienste in Ländern des globalen Südens – Pädagogische Vorbereitung und Begleitung am Beispiel von „weltwärts“. Köln 2013

# KINDERSCHUTZ ZWISCHEN KOOPERATION UND KONKURRENZ

*Hannu Turba; Ingo Bode*

**Zusammenfassung** | Der Beitrag untersucht die Kooperation der unterschiedlichen Akteure des deutschen Kinderschutzsystems unter den gegenwärtigen Bedingungen. Diskutiert werden zunächst Entwicklungen in den Regelwerken des Systems und die mit ihnen verbundene aktuelle Vernetzungsagenda. Anschließend geht es um die in der Praxis wahrgenommenen Erträge und Konflikte im Spannungsfeld zwischen Kooperation und Konkurrenz. Es zeigt sich, dass das allgegenwärtige „Netzwerkmantra“ oft nicht halten kann, was es verspricht.

**Abstract** | The article explores how the various participants involved in the contemporary German child protection system collaborate in networks. First, it retraces the development of the respective regulation and the current networking agenda. Second, it highlights the benefits and obstacles in networking practices with a particular focus on tensions between competition and collaboration. As a result, it becomes obvious that often the “network mantra” does not keep its promises.

**Schlüsselwörter** ► Kinderschutz ► Kooperation  
► Vernetzung ► Institution ► Konkurrenz

**Einleitung** | Das deutsche Kinderschutzsystem bildet ein weit verzweigtes Feld, in dem zahlreiche Organisationen und Berufsgruppen zusammenwirken (sollen). Neben der traditionell hauptsächlich zuständigen Jugendhilfe sind verschiedene Akteure des Gesundheitswesens sowie aus Justiz und Polizei beteiligt. Betrachtet man die Entwicklung der letzten Jahre, so zeigen sich in Politik und Verwaltung verstärkt Bemühungen in Richtung formalisierter Kooperation und Vernetzung.

Im Rahmen eines DFG-Forschungsprojekts haben wir in fünf lokalen Settings unter anderem untersucht, was sich Fachkräfte vor Ort von Vernetzung versprechen, mit welchen Problemen sie sich konfrontiert

sehen und wie sie damit umgehen.<sup>1</sup> Zentral ist der Befund, dass Aktivitäten im Kinderschutz in einen Steuerungskontext eingebettet sind, in dem parallel zu den genannten Kooperationsbemühungen auch (Markt-)Wettbewerb (etwa zwischen freien Trägern) sowie Kontrollprozesse forciert werden (Bode; Turba 2014a). Aus dieser vertrackten Agenda erwachsen komplexe Anforderungen an die Teilnehmer von Netzwerken: Kinderschutz bewegt sich gewissermaßen zwischen „Kooperation und Konkurrenz“ (van Santen; Seckinger 2003, S. 397 ff.). Im Folgenden referieren wir Forschungsergebnisse zu in diesem Zusammenhang wahrgenommenen Spannungen.

**Theoretischer Hintergrund** | Kooperation und Vernetzung sind ein „Evergreen“ in der Debatte um die Frage, wie soziale Dienste vor Ort verbessert werden können (Dahme; Wohlfahrt 2000, Bülow 2012). Viele Theorien gehen davon aus, dass Netzwerke – verglichen mit Märkten oder Hierarchien – Synergien und vertrauensbasierte Kooperation besonders befördern können (Powell 1990). Vernetzung gilt – nicht zuletzt in Politik und Praxis – als „Königsweg“ zur Optimierung von Steuerungsprozessen.

Jedoch gibt es im Fachdiskurs auch skeptische Stimmen (dazu exemplarisch die Beiträge in Fischer; Kosellek 2013 sowie allgemeiner Straßheim 2013). So sprechen van Santen und Seckinger (2003, S. 9) im Zusammenhang mit Vernetzung in der Jugendhilfe von einer „mit vielen positiven Erwartungen überladene[n] Problemlösungsstrategie“ sowie einem „fast schon mystischen Heilsversprechen“. In gewisser Weise erscheint die aktuelle Vernetzungsaagenda insofern als intuitiver Gegenreflex zu wachsender „Systemdifferenzierung“ – also zu einer allgemeinen, auch den Sozialsektor erfassenden Tendenz der Vervielfältigung

<sup>1</sup> Das 2013 abgeschlossene DFG-Projekt „SKIPPI“ (Sozialsystem, Kindeswohlgefährdung und Prozesse professioneller Interventionen) wurde in Kooperation der Universitäten Kassel und Wuppertal durchgeführt. Der diesem Beitrag zugrunde liegende Kasseler Schwerpunkt widmete sich aus soziologischer Perspektive institutionellen, professionellen und organisationalen Rahmenbedingungen des Kinderschutzes, vor allem mit Blick auf die Entwicklung von Prozessen der Finanzierung, Kontrolle und Vernetzung. Letzterer Aspekt ist zudem Gegenstand des laufenden international vergleichenden Pilotprojekts „CLONES“ (Comparing Local Networks in Social Services) sowie einer EU-Kooperation (COST-Action: SO.S. Cohesion – Social services, welfare state and places).

von Rollen, Regeln und Logiken in der modernen Gesellschaft (van Santen; Seckinger 2003, S. 13 ff.). Mit anderen Worten: Von einer allgemeinen Überlegenheit vernetzungsbasierter Steuerung sollte nicht vorbehaltlos ausgegangen werden.

In jedem Fall ist produktives „Netzwerken“ sehr voraussetzungsvoll: Es erfordert eine offene Perspektivenübernahme (also ein „taking the role of the other“ im Sinne von G.H. Mead), die Bereitschaft zum gemeinsamen Lernen (Thomson; Perry 2006) sowie gegenseitiges Vertrauen (Powell 1990). Gerade im heterogen strukturierten Bereich des Kinderschutzes, in dem zahlreiche Regelwerke und Organisationskulturen aufeinanderprallen, stellt effektive Vernetzung eine besondere organisatorische Herausforderung dar (Bohler; Franzheld 2013). Traditionelle Kompetenzstreitigkeiten und Interessenkonflikte, Statusdifferenzen und Delegationsverhältnisse, je eigensinnige professionelle Selbstdeutungen und Arbeitsprinzipien oder auch (Ressort-)Streitigkeiten hinsichtlich der Verantwortung für die Finanzen bergen ein permanentes Konfliktpotenzial. Die Kooperationspraxis steht somit in mehrfacher Hinsicht unter „Netzspannung“, was mit Reibungs- und Informationsverlusten einhergehen kann.

Im Folgenden wird argumentiert, dass diese Problematik durch politisch in Gang gesetzte Kooperationszwänge möglicherweise noch verschärft wird, denn die neue „Netzwerkphilosophie“ löst andere Formen der Koordination – qua Markt oder Hierarchie – keineswegs einfach ab; vielmehr geht sie immer auch mit Erfahrungen von Konkurrenz und Macht ausübung einher. In der Sprache einer viel beachteten Theorie der soziologischen Organisationsforschung (des sogenannten Neo-Institutionalismus) existieren hier also parallel mehrere „institutionelle Logiken“ (Thornton et al. 2012). Zwischen diesen müssen die Fachkräfte vor Ort permanent pragmatische Kompromisse suchen – also „institutional work“ betreiben (Lawrence et al. 2013). Dabei werden auch Konflikte ausgetragen: Die „politisierte Seite von Vernetzungsprozessen“ (Straßheim 2013, S. 125) darf also nicht übersehen werden.

**Institutionelle Netzwerkdynamiken im deutschen Kinderschutzsystem** | Im deutschen Wohlfahrtsstaat werden soziale Dienstleistungen traditionell von einer Vielzahl unterschiedlicher

(staatlicher und nicht staatlicher) Organisationen erbracht, die in einem spezifischen „welfare mix“ zusammenwirken (Bode 2005). Dieser Pluralismus war lange Zeit von friedlicher Koexistenz geprägt und soziale Dienste wurden im Rahmen korporatistischer Arrangements mehr oder weniger partnerschaftlich organisiert. Vor Ort erfolgte interorganisationale Kooperation, trotz einiger früher Vorstöße in Sachen „Case Management“, eher sporadisch und von Fall zu Fall.

Seit den 1990er-Jahren sind diesbezüglich Veränderungen zu verzeichnen. Soziale Dienstleistungen wurden fortan verstärkt „managerialistisch“ organisiert, Aufwand und Ertrag akribisch durchkalkuliert und kurzfristige Kosteneffizienz zur zentralen Maxime. In diesem Rahmen erhielt auch Vernetzung einen verbindlicheren Charakter: Von ihr versprach man sich – durch passgenauere Hilfen rund um die Nutzenden – nicht zuletzt Verbesserungen in Sachen „Kundenorientierung“ und „Effizienz“ (Schubert 2013, S. 267 f.). Gleichzeitig kam es zu einem verstärkten Trägerwettbewerb und asymmetrischen Beziehungen zwischen Kostenträgern und Leistungserbringern, was Spannungen in Kooperationsprozessen beförderte. In einem nunmehr stärker „desorganisierten“ welfare mix (Bode 2005) wurden partnerschaftliche Arrangements geschwächt, während Marktbeziehungen an Bedeutung gewannen. Zudem setzte die Sozialadministration in erhöhtem Maße auf numerische Kontrolle und Evaluation denn auf konsensuelle Steuerung. Die übergeordneten Kooperationsbedingungen im Sozialwesen haben sich also verändert, was (mittelbar) auch Auswirkungen auf den Kinderschutz hat.

Den Ausgangspunkt für Veränderungen in diesem konkreten Bereich stellte das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) von 1990 dar, welches die althergebrachte Arbeitsteilung zwischen Kostenträgern und Leistungserbringern teilweise neu regelte und Kooperationsprozesse weiter ausdifferenzierte. Freie Träger sollten sich nun nicht nur in „Arbeitsgemeinschaften“ (nach § 78 SGB VIII) koordinieren, sondern es gab mit dem neuen Hilfoplanverfahren (§ 36 SGB VIII) auch Vorgaben zur interorganisationalen Kooperation in einem gegebenen Fall. Detailliertere Vertrags- und Qualitätsstandards wurden 1999 mit den sogenannten „Leistungs-, Qualitäts- und Entgeltvereinbarungen“ (§ 78 a-g SGB VIII) eingeführt. Diese Regelungen öffneten gleichzeitig die Tore für einen „Markt“

der Leistungserbringung (unter Einbezug kommerzieller Anbieter). Das Jugendamt geriet so verstärkt in die Rolle eines „Maklers“, die Fälle an externe Instanzen delegiert und im weiteren Verlauf lediglich Koordinationsfunktionen übernimmt.

Mit dem Kinder- und Jugendhilfeweiterentwicklungsgegesetz (KICK) von 2005 wurden Kooperationsprozesse im Kinderschutz standardisiert: § 8a SGB VIII erweiterte die „diagnostische“ Verantwortung für Kindeswohlgefährdung auf freie Träger der Jugendhilfe und benannte auch Einrichtungen des Gesundheitswesens sowie der Polizei als potenzielle Prozessbeteiligte. Zudem sollten spezialisierte „Kinderschutzfachkräfte“ beratende und koordinierende Funktionen übernehmen. Das Bundeskinderschutzgesetz von 2012 trieb den Netzwerkgedanken weiter voran, wobei bislang eher peripherie Instanzen wie zum Beispiel Kinderärzte und Kinderärztinnen stärker in den Kinderschutz einbezogen werden sollten. Eine besondere Rolle erhielten die „Familienhebammen“, die an der Schnittstelle zwischen Jugendhilfe und Gesundheitswesen arbeiten. Dem Jugendamt kam nunmehr die Aufgabe zu, auf der lokalen Ebene die Organisation von Kinderschutznetzwerken zu übernehmen.

Jedoch ist die Organisation netzwerkförmiger Kooperation nicht auf die Ebene der nationalen Gesetzgebung begrenzt, sondern hat gemeinhin einen stark regionalen beziehungsweise lokalen Charakter. Die Zahl entsprechender Initiativen in Ländern und Kommunen ist kaum noch überschaubar. Dabei zeigt sich eine Vielfalt unterschiedlicher Ansätze, bei denen sowohl spezialisierte Einzelpersonen („Kinderschutzkoordinatoren“, „insoweit erfahrene Fachkräfte“) als auch institutionalisierte Gremien („Arbeitskreise“, „Runde Tische“, „Stadtteilkonferenzen“) eine wichtige Rolle spielen. Manche dieser Arrangements sind gleichsam „von unten“ initiiert, andere dagegen eng an die Sozialverwaltung gekoppelt. Wieder andere beruhen anfänglich auf formalen Vorgaben, haben aber ihren Zuschnitt in der Folge mehr oder weniger selbstläufig an lokale Bedarfe angepasst.

Eine wichtige Rolle spielen darüber hinaus Projekte im Bereich der „Frühen Hilfen“, „niedrigschwellige“ Angebotsstrukturen sowie verschiedene Varianten der „Sozialraumorientierung“ (für viele: Kessl; Reutlinger 2011). Vielerorts sind „soziale Frühwarnsysteme“ installiert worden, die auf einen umfang-

reichen Informationsaustausch unter verschiedenen Berufsgruppen abzielen – wobei hier (im Rahmen medizinischer Screenings) insbesondere dem Gesundheitswesen eine wachsende Bedeutung zukommt. Generell neigen lokale Kinderschutzsysteme heute zu einer Entgrenzung im Hinblick auf den Teilnehmerkreis, die mancherorts so weit geht, dass sogar Mitarbeitende der Stadtreinigung, Wohnungsbaugesellschaften oder Gerichtsvollzieher in Meldeverfahren einbezogen werden. Die Anzahl für den Kinderschutz (mit-) „zuständiger“ Instanzen ist also erheblich gewachsen. Gerade bei Berufsgruppen, bei denen Kinderschutz gemeinhin nicht im Zentrum ihrer Aktivitäten steht, etwa den Kinderärzten, gibt es jedoch häufig keine Refinanzierung für entsprechende Tätigkeiten, so dass vieles vom Engagement individueller Personen abhängt – und somit mehr oder weniger vom „glücklichen Zufall“.

Gleichzeitig gibt es vor dem Hintergrund der oben genannten managerialistischen Tendenzen Anreize für Wettbewerb zwischen Leistungserbringern und ein verstärktes Outsourcing von Aktivitäten seitens der öffentlichen Verwaltung. In diesem Zusammenhang erhält Kooperation einen hybriden Charakter: Einerseits werden Netzwerke stärker formalisiert und erweitert, während andererseits die Basis der Zusammenarbeit strapaziert beziehungsweise desorganisiert wird (siehe oben). Vernetzung kann also nicht losgelöst von Steuerungsprozessen qua Markt oder Hierarchie gedacht werden. Der Trend zur Kooperation scheint mit anderen Entwicklungen im gegenwärtigen Kinderschutzsystem – in Richtung verstärkter Kostensteuerung und Prozesskontrolle – auf vielfältige Weise verwoben zu sein. Im Folgenden gehen wir auf Basis unserer Forschungsergebnisse der Frage nach daraus resultierenden Spannungen und Perspektiven ihrer Bewältigung nach.

### **Netzwerkdynamiken in der Praxis vor Ort |**

Wie dargestellt, bewegen sich Kooperation und Vernetzung im deutschen Kinderschutzsystem in einem Steuerungskontext, in dem gleichzeitig Wettbewerb und bürokratische Kontrolle forciert werden. Dieser Umstand provoziert Spannungen zwischen unterschiedlichen Rationalitäten. Sowohl die öffentliche Verwaltung als auch Leistungserbringer sind gezwungen, nach Gesichtspunkten der Kosteneffizienz zu handeln, was zumindest theoretisch das Potenzial verringert, über das unbedingt notwendige Maß hin-

aus Kooperation zu betreiben. Nachfolgend wird anhand einiger Beispiele aus dem Feld illustriert, wie die aktuelle Vernetzungsagenda vor Ort umgesetzt wird. Grundlage sind Befunde aus qualitativen Interviews im Rahmen von lokalen Fallstudien.

In der Praxis zeigt sich eine ganze Reihe von Irritationen. Diese sind etwa dort erkennbar, wo die finanzielle Förderung lokal vernetzter Angebote mit der Forderung nach mehr Budgetkontrolle (zum Beispiel im Bereich der regulären Hilfen) verknüpft wird. Hier besteht dahingehend Skepsis, dass Vernetzung (gleichsam als „Trojanisches Pferd“) letztlich als Instrument benutzt wird, um Ausgaben im Umfeld des Kinderschutzes zu verringern. Während mehr Wettbewerb die Leistungserbringer zusätzlich unter ökonomischen Druck setzt, erhöhen verstärkte Kontrollambitionen den Kommunikationsaufwand für alle Beteiligten.

Von vielen werden (insbesondere mit Kennzahlen hinterlegte) Vernetzungsvorgaben in ihren Auswirkungen eher als Zusatzbelastung erfahren. Solche Vorgaben seien durch Refinanzierungen nicht ausreichend gedeckt und verkämen somit zur „Absurdität“; stets werde erwartet, dass man Vernetzung gleichsam „nebenher“ betreibe (*Turba 2012, S. 91 f.*). Die Vernetzungsagenda wird insofern nicht selten als „Überforderung“ wahrgenommen, die letztlich zulasten der „eigentlichen“ fachlichen Arbeit (mit den Familien) ginge. Erhöhter Fallinput und Abstimmungsbedarf sowie unübersichtliche Kooperationsstrukturen bergen aus Sicht der Akteure zudem die Gefahr einer „Verantwortungsdiffusion“ (*Seckinger 2008, S. 22*), bei der Ziele und Verbindlichkeiten zunehmend verschwimmen. In diesem Sinne gerät die (vordergründige) Teilnahme an Netzwerken oft zur lästigen Nebenaufgabe oder zum rein symbolischen Akt. Manche Organisationen reagieren auf permanente Aufforderungen zur Kooperation schlicht mit Rückzug. Andere Akteure betreiben dagegen geradezu idealtypisch „institutional work“ (*Lawrence et al. 2013*), indem sie aktiv an der (Fort-)Entwicklung von Netzwerken mitwirken. Als unhaltbar empfundene Vorgaben werden zuweilen durch Zweckentfremdungen institutionalisierter Netzwerke oder kreative Abwandlungen bestehender Strukturen kompensiert. Hier geht es dann darum, die Vorgaben zu erfüllen, um „das Geld zu kriegen“, um dann in Eigenregie doch noch etwas „inhaltlich Sinnvolles“ tun zu können. Insgesamt gilt es stets, zwischen längerfristigen

Synergieoptionen und kurzfristig anfallenden Transaktionskosten organisierter Kooperation im Kinderschutz abzuwägen.

Hier scheint bereits durch, dass sich mit Vernetzung oft nicht nur intrinsische, sondern auch strategisch-instrumentelle Motive verbinden. Sie dient verschiedenen Instanzen dazu, die eigene Marktposition innerhalb eines wettbewerblichen Systems zu verbessern. Fragt man nach dem konkreten Ertrag von Vernetzung, so geht es in den Worten der Interviewten zum Beispiel darum, „Gesicht zu zeigen“, „Imagepflege“ zu betreiben oder Maßnahmen der „Akquise“ im Kontakt mit dem Kostenträger (Jugendamt). All dies wird durchaus als existenziell angesehen – verliere man den Anschluss, könne man auch gleich „den Laden dicht machen“, so die Mitarbeiterin eines freien Trägers. Insofern erzeugen wirtschaftliche (Partikular-)Interessen insbesondere auf Seiten der Leistungserbringer einen Vernetzungsdruck: Will man in einem marktförmig organisierten und unter ständiger Beobachtung der Öffentlichkeit stehenden Feld reüssieren, muss man gleichsam überall dabei sein und aktuelle (Markt-)Entwicklungen mitbekommen. Kooperation und Vernetzung sind unter diesen Bedingungen nicht selten Ausdruck und Motor eines Wetteiferns um knappe Ressourcen. Mit dem Werbeslogan „Frühe Hilfen ersparen späte Kosten“ verweisen manche Träger mitunter auch explizit auf wahrgenommene Sparpotenziale. Konkurrenzfahrungen zeigen sich auch dort, wo versucht wird, neue Teilnehmer bewusst aus Netzwerken herauszukomplimentieren. Nicht selten arbeite man „aneinander vorbei“ oder „hinter dem Rücken“ anderer. Insofern bewegen sich Teilnehmer von Netzwerken in einem Spannungsfeld zwischen Kooperation und Interessenverfolgung pro domo, was sich einer Trägermitarbeiterin zufolge daran zeigt, „dass niemand den Deckel ganz aufmacht“. Ein solchermaßen instrumentelles Verhalten kann schließlich auch beinhalten, dass unliebsame Aufgaben wie beispielsweise Meldungen an andere Instanzen delegiert werden, um so eigene (Zeit-)Budgets und Vertrauensverhältnisse zu schonen.

Mit manchen Arbeitskreisen werden auch politische Absichten verbunden, etwa dann, wenn es darum geht, eine gemeinsame Stimme gegenüber dem Kostenträger zu entwickeln. Ist Letzterer selbst am Netzwerk beteiligt, so wird dagegen mancherorts bekundet, man müsse sich mit Kritik zurückhalten,

um zu vermeiden, künftig nicht mehr belegt zu werden. Dieses devote Verhalten verweist auf den hohen Stellenwert taktierender Beziehungspflege. Gleichzeitig löst ein von oben transportierter Kooperationszwang nicht selten Widerstände aus: Formale Vorgaben erscheinen als Gängelung, manche Befragte sprechen sogar von „autoritären Gesprächskulturen“. Auch in Bezug auf fallbezogene Kooperationen (zum Beispiel Hilfplangespräche) berichten Akteure des Jugendamts, diese dienten oft lediglich der Besprechung von Dingen, die bereits vorab beschlossen wurden. Bezeichnend erscheint in diesem Kontext die Anmerkung, der Kämmerer würde (in Bezug auf Kostenfragen) eine Druckkulisse aufbauen und sich hierbei ähnlicher Argumente bedienen, wie dies im Verhältnis des Jugendamts zu den Familien der Fall sei. Stellenweise werden von oben oktroyierte neue Verbindlichkeiten auch als Bedrohung traditionell gewachsener Kooperationsstrukturen erfahren, die in der Vergangenheit (nicht unbedingt unter dem Etikett „Netzwerk“ firmierend) als geeignetes Mittel der Konkurrenzreduktion wahrgenommen wurden. Hier steht die aktuelle Netzwerkagenda offenbar in Konflikt mit althergebrachten Kooperationskulturen auf der Basis wechselseitiger Abstimmungsprozesse.

Die genannten Beispiele zeigen deutlich, dass Netzwerke für zahlreiche Feldakteure einen wichtigen Ort darstellen, um sich – jenseits von Zwecken, die unmittelbar mit der Aufgabenerledigung im Kinderschutz zusammenhängen – mit strategischen Motiven zu profilieren. Zwar vermag Vernetzung mancherorts auch Wettbewerbsdruck abzumildern oder (insbesondere auf dem Wege persönlich-informeller „Peer-to-peer“-Kommunikation) eine Annäherung verschiedenartiger Instanzen zu befördern. Je doch entstehen infolge der Vernetzungsagenda auch Arenen, in der strukturell angelegte Konflikte immer wieder aufbrechen. Zudem werden Machtgefälle und autoritäre Steuerungsansprüche im Rahmen von vernetzter Kooperation nicht einfach obsolet. Im Gegenteil: Netzwerke erscheinen für zentrale Organisationenakteure als praktikable Möglichkeit, Kontrolle über andere Instanzen auszuüben. Insofern stellen sich Netzwerke als Hybridebilde dar, die auch Elemente von Märkten und Hierarchien in sich tragen. In dieser paradoxen Situation zwischen Kooperation und Konkurrenz agieren die Beteiligten also stets zugleich „gemeinsam und einsam“ (Bode; Turba 2014a, S. 319 ff.).

**Spannungspotenziale vernetzter Kooperation: Fazit und Ausblick** | Unsere Ergebnisse deuten darauf hin, dass das Nebeneinander unterschiedlicher Entwicklungsdynamiken im Kinderschutz ein hohes Spannungspotenzial birgt. So ist es leicht möglich, dass das Dringen auf mehr Kosteneffizienz die Fähigkeiten und Bereitschaften für aktives, schöpferisches und reflexives Vernetzungshandeln mindert. Zugleich erhöht ein verstärktes Maß an Vernetzung sowie ein Mehr an Kontrolle zunächst einmal die Transaktionskosten im Kinderschutzsystem. Bei starken Vorgaben für kosteneffizientes Handeln ist es nicht unwahrscheinlich, dass im Systemalltag versucht wird, diesen Aufwand an anderer Stelle auszugleichen. Schließlich – und besonders sinnfällig – vertragen sich Vernetzung und formalisierte Kontrolle als Koordinationsprinzipien eher schlecht. Vernetzung basiert idealerweise auf eigendynamischen, spontan ungeplanten und kreativ-entdeckenden Handlungsweisen, während von oben oktroyierte formalisierte Verfahren vieles von vornherein festlegen und Akteure in ihren Freiheiten einschränken.

Der institutionelle Wandel, der die regulatorische Dynamik des deutschen Kinderschutzsystems seit zirka zwei Jahrzehnten prägt, sorgt also für erhöhte Aufgabenkomplexität in der Praxis. Unter den Bedingungen einer Steuerung, bei der nachweisbare Kosteneffizienz und „totale Kontrolle“ zur Norm geworden sind, schrumpft der Handlungs- und Gestaltungsspielraum derjenigen, die alltäglich mit permanenter Unsicherheit und unkontrollierbaren Fallverläufen umgehen (müssen) (Bode; Turba 2014b). Aktuelle Netzwerkpolitiken, die formale Regeln für interorganisationale Kooperation festlegen, tendieren dazu, überhöhte Ansprüche zu stellen und das zu erzwingen, was eigentlich von der Basis her wachsen müsste.

Mehr noch: Das unabdingbare „taking the role of the other“ (siehe oben) wird häufig durch die Suche nach Gelegenheiten behindert, die das eigene Mandat oder (wirtschaftliche) Überleben sichern (sollen). Schließlich haben die im Feld wahrgenommenen Erträge formalisierter Kooperationsprozesse oft gar nichts mit dem zu tun, was das allgegenwärtige „Netzwerkmantra“ (Hinte 1997, S. 11) im Bereich sozialer Dienste verspricht. Häufig deuten zentrale Beteiligte Netzwerke eher als Mittel zum Zweck, nämlich gewissermaßen als Kontaktbörsen oder Plattform des Marketings für eigene (individuelle, organisationale

oder professionelle) Interessen. Dabei scheinen aktuelle Regulierungstrends im deutschen Kinderschutzsystem solche instrumentellen Orientierungen eher noch zu untermauern. Dies steht in Kontrast zu den eigentlichen, „lehrbuchmäßigen“ Zwecken von Kooperation und Vernetzung – nämlich Gelegenheiten, kontraproduktive Machtverhältnisse und Rivalitäten durch unvoreingenommene Verständigung zu überwinden.

**Hannu Turba, M.A.**, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich Humanwissenschaften an der Universität Kassel, Abteilung Sozialpolitik, Recht und Soziologie. E-Mail: h.turba@uni-kassel.de

**Professor Dr. Ingo Bode** lehrt Sozialpolitik mit dem Schwerpunkt organisationale und gesellschaftliche Grundlagen am Fachbereich Humanwissenschaften, Abteilung Sozialpolitik, Recht und Soziologie an der Universität Kassel. E-Mail: ibode@uni-kassel.de

## Literatur

- Bode**, Ingo: Desorganisation mit System. Die Neuordnung der „governance of welfare“ in Westeuropa. In: Berliner Journal für Soziologie 2/2005, S. 219-239
- Bode**, Ingo; Turba, Hannu: Organisierter Kinderschutz in Deutschland. Strukturdynamiken und Modernisierungsparadoxien. Wiesbaden 2014a
- Bode**, Ingo; Turba, Hannu: Warum wird das ganz normale Chaos zum Problem? Jugendämter als Hybridorganisationen mit Souveränitätsverlust. In: Apelt, Maja; Senge, Konstanze (Hrsg.): Organisation und Unsicherheit. Wiesbaden 2014b
- Bohler**, Karl Friedrich; Franzheld, Tobias: Analyse von Netzwerkstrukturen in Kinderschutzfällen. In: Fischer, Jörg; Kosellek, Tobias (Hrsg.): Netzwerke und Soziale Arbeit. Theorien, Methoden, Anwendungen. Weinheim 2013, S. 369-386
- Bütow**, Birgit: Grenzen der Sozialpädagogik. Spannungszonen der Kooperation zwischen Kinder- und Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie. In: Soziale Arbeit 12/2012, S. 454-461
- Dahme**, Heinz-Jürgen; Wohlfahrt, Norbert (Hrsg.): Netzwerkökonomie im Wohlfahrtsstaat. Wettbewerb und Kooperation im Sozial- und Gesundheitssektor. Berlin 2000
- Fischer**, Jörg; Kosellek, Tobias (Hrsg.): Netzwerke und Soziale Arbeit. Theorien, Methoden, Anwendungen. Weinheim 2013
- Hinte**, Wolfgang: Beteiligung und Vernetzung – ein kritischer Blick auf aktuelle Mode-Begriffe. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit 12/1997, S. 8-15
- Kessl**, Fabian; Reutlinger, Christian: Sozialraumorientierung in der Kinder- und Jugendhilfe. In: Dahme, Heinz-Jürgen; Wohlfahrt, Norbert (Hrsg.): Handbuch kommunale Sozialpolitik. Wiesbaden 2011, S. 280-293

- Lawrence**, Thomas B.; Leca, Bernard; Zilber, Tammar B.: Institutional work: current research, new directions and overlooked issues. In: *Organization Studies* 8/2013, pp. 1023-1033
- Mead**, George H.: Geist, Identität und Gesellschaft. Frankfurt 1968
- Powell**, Walter W.: Neither market nor hierarchy: Network forms of organization. In: *Research in Organizational Behavior* 12/1990, pp. 295-336
- Schubert**, Herbert: Netzwerkmanagement in der Sozialen Arbeit. In: Fischer, Jörg; Kosellek, Tobias (Hrsg.): *Netzwerke und Soziale Arbeit. Theorien, Methoden, Anwendungen*. Weinheim 2013, S. 267-286
- Seckinger**, Mike: Vom Mythos zur Realität – Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Gesundheitswesen optimieren! In: Die Kinderschutz-Zentren (Hrsg.): In Beziehung kommen... – Kindeswohlgefährdung als Herausforderung zur Gemeinsamkeit. Köln 2008, S. 10-23
- Straßheim**, Holger: Vernetzung als lokale Krisenstrategie? Perspektiven der interpretativen Governance- und Verwaltungsforschung. In: Haus, Michael; Kuhlmann, Sabine (Hrsg.): *Lokale Politik und Verwaltung im Zeichen der Krise?* Wiesbaden 2013, S. 121-138
- Thomson**, Ann Marie; Perry, James L.: Collaboration Processes: Inside the Black Box. In: *Public Administration Review* 1/2006, pp. 20-32
- Thornton**, Patricia; Ocasio, William; Lounsbury, Michael: The Institutional Logics Perspective: A New Approach to Culture, Structure and Process. Oxford 2012
- Turba**, Hannu: Grenzen „begrenzter Rationalität“ – Politisch-administrative Steuerungsambitionen im Kinderschutz. In: Marthaler, Thomas; Bastian, Pascal; Bode, Ingo; Schrödter, Mark (Hrsg.): Rationalitäten des Kinderschutzes. Kindeswohl und soziale Interventionen aus pluraler Perspektive. Wiesbaden 2012, S. 79-104
- van Santen**, Eric; Seckinger, Mike: Kooperation: Mythos und Realität einer Praxis. Eine empirische Studie zur interinstitutionellen Zusammenarbeit am Beispiel der Kinder- und Jugendhilfe. München 2003

## SOMATOFORME STÖRUNGEN | Kritische Reflexionen zur Therapie und Beratung

**Annemarie Jost**

**Zusammenfassung** | Nicht spezifische, funktionelle oder somatoforme Körperbeschwerden betreffen – mit steigender Tendenz – inzwischen bis zu zehn Prozent der Bevölkerung in Deutschland. In diesem Artikel wird versucht, ein tieferes Verständnis der sogenannten somatoformen Störungen zu erreichen, das eine kritische Reflexion des schulmedizinischen und des psychotherapeutischen Vorgehens und eine ganzheitliche Gesundheitsberatung aus Sicht der Sozialen Arbeit ermöglicht.

**Abstract** | Up to ten percent of the German population suffer from non-specific, functional or somatoform disorders, with a rising trend. This article tries to promote deeper understanding of so called "somatoform disorders", in order to enable critical reflection of modern medicine and psychotherapy, dealing with this disorder, and to enable holistic approaches for social workers practicing health counselling.

**Schlüsselwörter** ► Psychosomatik ► Psychotherapie  
 ► Verhaltenstherapie ► Ernährungsfragen  
 ► Therapie ► alternativ ► Soziale Arbeit

**Somatoforme Körperbeschwerden** | Die von somatoformen Körperbeschwerden betroffenen Menschen leiden unter Kopf-, Muskel- und Gelenkschmerzen, haben erhebliche Verdauungsbeschwerden mit Nahrungsmittelunverträglichkeiten, Blähungen und Bauchschmerzen, manche haben Herzbeschwerden, Atemprobleme oder wiederkehrende Blasenreizungen, sie leiden oft unter Schlaf- oder Appetitstörungen und fühlen sich müde und abgespannt. Derartige Störungen betreffen inzwischen vier bis zehn Prozent der Bevölkerung und etwa 20 Prozent der Patientinnen und Patienten, die ihren Hausarzt aufsuchen.

**Medizinische Leitlinien** | Im November 2012 wurde im Deutschen Ärzteblatt (der medizinischen Zeitschrift, die von allen Ärztinnen und Ärzten abonniert wird) eine klinische Leitlinie zu den nicht spezifischen, funktionellen und somatoformen Körperbeschwerden veröffentlicht (Schaefer u.a. 2012). Die